

Am 9. März 2011 fand eine vom DGB Hessen-Thüringen unter dem Motto „Handlungsfähiges Hessen“ veranstaltete Diskussionsrunde zum Thema Schuldenbremse statt. Dazu waren Vertreter der im Landtag sitzenden Parteien geladen.

Ziel der Veranstaltung war es eigentlich, dass die Parteien erklären, warum die Schuldenbremse in Hessen in die Verfassung aufgenommen werden soll. Dabei ging es vor allem darum, dass die Parteien deutlich machen, welche Maßnahmen durch die Schuldenbremse getroffen werden müssen. Wir erwarteten vor allem stichhaltige Argumente für diese Aufnahme in die Verfassung und konkrete Programme zur Umsetzung der Schuldenbremse, doch dazu waren die Politiker von CDU, SPD, FDP, den Grünen und der Linken, wie bereits oftmals zuvor, nicht in der Lage.

Wie man es aus der Vergangenheit bereits von der CDU gewohnt ist, schlug ihr Vertreter Ausgabenkürzungen vor. Die Effizienz jedes Ressorts müsse überprüft werden, damit notwendige Einsparungen durchgeführt werden können. Bereits in der Vergangenheit war es ja schon zu weitreichenden Kürzungen der Etats sämtlicher Ressorts gekommen, unter anderem die Bereiche Bildung und soziales waren betroffen. Wenn diese Sparmaßnahmen noch ausgeweitet werden, wird aus der Schuldenbremse wirklich eine „Operation düstere Zukunft“. Der Vertreter der FDP hatte der Diskussion inhaltlich nicht viel beizufügen. Die ohnehin sehr der Wirtschaft zugeneigte Partei wolle die Strukturen der Marktwirtschaft stärken. Auf die Situation der Kommunen ging der Parteivertreter allerdings garnicht erst ein. Auch der SPD Vertreter schlängelte sich um inhaltliche Aussagen. Man wolle durch die Schuldenbremse die Einnahmen- und Ausgabenverantwortung explizit auf die Landesregierung und den Landtag legen. Auch er sprach von Einsparungsmöglichkeiten. Was aber die zu treffenden Maßnahmen angeht, so enttäuschte auch dieser Diskussionsteilnehmer, indem er keine konkreten Angaben darüber machen konnte, wie genau die Schuldenbremse umgesetzt werden soll.

Der Vertreter der Grünen-Landtagsfraktion sprach sich, wie von dieser Partei gewohnt, für Nachhaltigkeit und ein Ende der Schulden aus. Auch seine Argumentation brachte leider keine neuen Erkenntnisse. Es muss gespart werden, aber auch neue Einnahmequellen müssen gefunden werden, war die Botschaft des Grünen.

Lediglich eine Partei hatte zuvor im Landtag gegen eine Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung gestimmt: Die Linke. Zwar wurde von deren Vertreter viel Kritik an den zu befürchtenden Sparmaßnahmen geübt, allerdings hatte dieser außer der altbekannten Forderung nach einer anderen Steuerpolitik und der Kritik an Banken und Vermögenden, keine neuen konstruktiven Vorschläge parat.

Das Ergebnis dieser Veranstaltung war die Erkenntnis, dass zwar, mit einer Ausnahme, alle Parteien im Landtag für die Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung gestimmt haben, aber offensichtlich keine Partei konkrete Programme dafür entwickelt hat, wie man mit der Schuldenbremse umgehen soll. Außer altbekannten Floskeln und Argumenten, hat diese Diskussion nichts neues hervorgebracht. Wir bleiben daher bei unserer Ablehnung und fordern alle Hessinnen und Hessen dazu auf, bei der Volksabstimmung am 27. März 2011 mit nein zu stimmen!